

Neue

Freie
Zeitung

Nr. 24 · Donnerstag, 13. Juni 2019

€ 0,80

Österreichische Post AG

WZ 02032878 W

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 35 9

Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

ÖVP im Festspielfieber, statt für Sicherheit zu sorgen!

Harte Kritik übte Salzburgs FPÖ-Landeschefin Marlene Svazek an ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer nach dem jüngsten Mordanschlag in Salzburgs Migrantenumkleidekabine: „Haslauer macht der Bussi-Bussi-Gesellschaft seine Aufwartung und vergisst auf die Sicherheit der Bürger.“

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

ÖVP-Chef verhöhnt Österreichs Wähler!

Ex-Kanzler in „Wahlkampfkarneval“, statt Verantwortung im Parlament zu übernehmen S. 2/3



Rauchverbotsgesetz: Der nächste Umfaller der ÖVP!

Alt-schwarze ÖVP reanimiert die rot-schwarze Verbotspolitik – S. 4/5

PARLAMENT

Asylant und arbeitslos

Die Versuche des Arbeitsmarktservice, anerkannte Asylwerber in Arbeit zu bringen, scheitern kläglich, wie die medial inszenierten „Jobbörsen“ belegen. Ende Mai waren 30.695 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte arbeitslos gemeldet. S. 6

AUSSENPOLITIK

Linke auf Rechtskurs

In Dänemark feierten erstmals wieder Sozialdemokraten einen Wahlsieg, weil sie sich in der Einwanderungspolitik von der „Willkommenskultur“ verabschiedeten und in diesem Bereich einen Kurs einschlugen, den die FPÖ in Österreich verfolgt. S. 8/9

WIEN

Vassilakous-Erbenschaft

Der von SPÖ und Grünen durchgepeitschte „Wiental-Radweg“ reiht sich in das demokratiepolitisch wie finanziell bedenkliche Erbe der scheidenden grünen Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou ein: eine neues Millionengrab für Wiens Steuerzahler. S. 11

MEDIEN

FPÖ will ORF-Reform

Die Freiheitlichen werden weiter an der Abschaffung der Rundfunkgebühr (GIS) und einer Reform des ORF festhalten. FPÖ-Mediensprecher Hans-Jörg Jenewein zeigt sich zuversichtlich, dass dafür ein Konsens im neuen Parlament zustande kommen werde. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Sebastian Kurz wurde vom Parlament als Kanzler abgewählt. Aus Ärger über diese Majestätsbeleidigung warf er sein Nationalratsmandat zurück, um nicht einen Tag länger unter diesem Pöbel verbringen zu müssen.

„BF“ ist zurück

Dafür ist jetzt „Basti Fantasti“ zurück auf der Wahlkampfbühne. Großspurig wie vor zwei Jahren, nachdem er dem damaligen Koalitionspartner SPÖ den Stuhl vor die Tür gestellt hatte.

Mit einer mimosenhaften „Dolchstoß-Legende“ präsentiert er sich als Opfer von SPÖ und FPÖ, die seine Kanzlerschaft und damit den „Wählerwillen“ mit Füßen getreten hätten. Aber, so seine Botschaft, am 29. September wird der Wähler diese Schandtat rächen!

Hat ihm keiner seiner Berater erklärt, dass lediglich der Nationalrat gewählt wird, den Kurz ja so verschmäht, und nicht der Kanzler?

Und was er damals 2017 begonnen hat, setzt er jetzt fort, den Ideen-Diebstahl von der FPÖ. „Unser Weg hat erst begonnen“? Also den Weg hat ihm die FPÖ gewiesen, deren Wahlprogramm „Basti Fantasti“ schamlos kopiert hat. Und es war die FPÖ, die den Koalitionskurs im Regierungsprogramm maßgeblich vorgegeben hat. Und es waren die FPÖ-Minister, die für die Reformen verantwortlich zeichneten.

Den Weg hat Kurz mit seiner Koalitionauflösung längst schon verlassen, die Rücknahmen von Reformen der türkis-blauen Reformen hat er schon mit seiner Alleinregierung begonnen.

Wer will, dass Österreich weiter auf dem rot-weiß-roten Reformweg nach oben kommt, der muss FPÖ wählen. Wer einem Karrieristen den Weg pflastern will, der ist bei „Basti Fantasti“ bestens aufgehoben.

ÖVP schwört sich auf Kurz' P

Türkis/Schwarz nutzte die Parlamentsdebatte, um die Wahlkampf-Märche

Der ÖVP-Chef wollte einen kurzen Wahlkampf und einen möglichst frühen Wahltermin. Weshalb, ist jetzt offenbar: Das Koalitionsende war von langer Hand geplant, und er zieht es vor, wahlzukämpfen, statt im Parlament beschlossene Gesetze zu verteidigen und vorbereitete Reformen – wie die Steuerreform – noch zu beschließen. „Der Weg hat nicht erst begonnen. Die ÖVP hat ihn bereits verlassen“, korrigierte FPÖ-Chef Norbert Hofer den ersten Wahlspruch der ÖVP.

„Der Wahlkampf hat noch nicht einmal offiziell begonnen, aber die ÖVP verbreitet schon das erste Schauer Märchen von der rot-blauen Phalanx, die den Wählerwillen des Jahres 2017 zertrampelt“, empörte sich FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker über das erste Wahlplakat der Volkspartei.

Nicht Rot-Blau habe die Koalition beendet, sondern der ÖVP-Parteichef, der als Kanzler die Koalition aufgekündigt hat, um allein regieren zu können – ohne den entsprechenden Wählerauftrag.

„Schwarze Dolchstoß-Legende“

Das bekräftigte auch der designierte Bundesparteiobmann Norbert Hofer in der Parlamentsdebatte am vergangenen Mittwoch: „Ich stelle die Behauptung richtig, wonach die Koalition an einem Video gescheitert wäre. Diese Koalition ist einzig und allein am Machtanspruch der ÖVP gescheitert. Alles andere ist unwahr.“

Nichtsdestotrotz bemühte ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer diese schwarze Dolchstoß-Legende, um die Kritik der FPÖ am ÖVP-Plakat wegzuwischen: „Die Freiheitlichen haben mit ihrer Un-

einsichtigkeit und mangelnder Sensibilität gezeigt, dass es so nicht weitergehen konnte.“ Und er korrigierte im Wahlkampffieber auch gleich die Mär von der rot-blauen Putschkoalition: „Mit ihrem Verhalten haben sie (die Freiheitlichen, Anm.d.Red.) die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit verunmöglicht und Neuwahlen notwendig gemacht.“ Also hat doch die ÖVP die Neuwahlen erzwungen.

ÖVP hat „den Weg“ verlassen

Wenn Kurz schwadroniere, dass „der Weg erst begonnen habe“, vergesse er, zu sagen, dass es die Freiheitlichen waren, die ihn auf diesen Weg des rot-weiß-roten Reformkurses hingewiesen und ihm diesen aufgezeigt hätten. Der Weg sei mit dem türkis-blauen Regierungsprogramm noch immer vorhanden, erklärte Hofer, aber die ÖVP habe „beschlossen, in die entgegengesetzte Richtung zu marschieren, noch dazu ganz am linken Wegesrand“.

Eine etwas direktere Tonart – mit Bezugnahme auf Koalitions-Liebäugelei des ÖVP-Chefs – schlug dazu der freiheitliche Generalsekretär an: „Es war Kurz, der diesen



Foto: NFZ

„Es ist eine Frage der politischen Reife appellierte der designierte FPÖ-Parteichef

gemeinsamen Weg verlassen hat und auf seinem Irrweg falsch abgebogen ist. Vielleicht wäre es besser gewesen, er hätte sich nicht von den grünen und rosafarbenen Wegweisern verleiten lassen.“

Nicht alle Türen zugeschlagen

Die Tür zur Fortsetzung der Koalition nicht ganz zugeschlagen will der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. „Herr Kurz, es ist ganz einfach! Wenn Sie Angst vor Rot-Blau haben, kann Ihnen geholfen werden. Wir gehen einfach den populären gemeinsamen Re-



SPITZE FEDER Kurz' neues Steckenpferd.

IMPRESSUM

Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

inocchio-Politik ein

en ihres abwesenden Parteichefs zu verteidigen



... und Aufrichtigkeit, zu gemeinsam gefassten Beschlüssen zu stehen“,
 obmann Norbert Hofer – vergeblich – an das Ehrgefühl der ÖVP.

formweg, den Sie vor Kurzem auf Druck der alten ÖVP verlassen haben, nach der Wahl weiter“, schrieb Kickl auf Facebook.

Dafür müsse Kurz jedoch eine Bedingung eingehen, die ihm, wenn er diesen Weg wirklich fortsetzen wolle, ja nicht schwer fallen dürfte: „Als Nachweis Ihrer Unabhängigkeit von dieser alten ÖVP gilt, wenn die FPÖ wieder alle ihre bisherigen Ressorts, in denen hervorragende Arbeit geleistet wurde, übernimmt. Ich persönlich hätte im Innenministerium noch viel Positives für die Sicherheit der Österrei-

cher zu erledigen.“

Auf das Demokratieverständnis der ÖVP kam auch Norbert Hofer zu sprechen. Einerseits warne die Partei vor Rot-Blau, bilde aber auf Landesebene selbst Koalitionen mit SPÖ, Grünen und Neos: „Das ist in einer Demokratie normal. Aber heißt das im Umkehrschluss, dass jede Koalition schlecht ist, bei der die ÖVP nicht dabei ist?“

Die ÖVP bestätigte ihre neue Koalitionsuntrieblichkeit bei der Rücknahme des türkis-blauen Rauchverbotsgesetzes in Kooperation mit SPÖ, Neos und Liste Jetzt.

KURZ UND BÜNDIG



Kurs halten bei Asylpolitik

Die klare Trennung zwischen Asyl und Einwanderung sei Gebot der Rechtsstaatlichkeit und entspreche vor allem auch dem Wählerauftrag, den die Koalition auf den Weg gebracht habe, erklärte der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl: „Von der Übergangsregierung erwarte ich mir die Sicherstellung dieses Kurses und keinerlei neue politische Weichenstellungen.“ Daher begrüße er es, dass sich der aktuelle Ressortchef im Innenministerium nicht von linksgrün-schwarzen Zurufen irritieren lasse.

Islambücher von der IGGÖ?

Der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer zeigte sich über die Pläne der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) besorgt, Schulbücher für den islamischen Religionsunterricht selbst produzieren und verlegen zu wollen. „Die Vergangenheit hat mehrfach gezeigt, dass die IGGÖ selbst die Verbreitung von radikal-islamischen Inhalten im Schulbereich toleriert hat und damit die Schüler auf inakzeptable Art und Weise indoktriniert wurden“, erinnerte der designierte FPÖ-Obmann.



Armutsgefährdung

Eine neue Studie des Wifo zur staatlichen Umverteilung hat hervorgebracht, dass in Österreich vor allem junge Menschen und Familien mit Kindern armutsgefährdet sind. Für die Obfrau des freiheitlichen Familienverbandes und FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek ist diese Studie alarmierend: „Es zeigt sich wieder einmal, dass die Entscheidung, Kinder zu bekommen, in Österreich immer noch ein erhebliches finanzielles Risiko birgt.“ Sie kritisierte auch den ÖVP-Ausstieg aus der Koalition: „Die geplante Steuerreform hätte die Situation der Betroffenen verbessert.“



AUFSTEIGER



Ex-Verteidigungsminister **Mario Kunasek**, der mit der „Berufsbildenden Höhere Schule für Führung und Sicherheit“ in Wiener Neustadt zukünftige Führungskräfte bei Bundesheer, Polizei oder Justiz ausbilden wollte.

ABSTEIGER



Übergangs-Verteidigungsminister **Thomas Starlinger**, der entgegen der Ankündigung der Bundeskanzlerin „tagespolitisches Geschäft“ machte, und die ersten 53 Schüler der Heeressicherheitsschule mit der Schulschließung vor den Kopf stößt.



BILD DER WOCHE Das Engagement von Rot-Grün für ihre „Wien ist anders(rum)“-Festspiele vermisst man bei der Politik für die Wiener.

„Weiß die ÖVP noch, wofür sie eigentlich steht?“

Der freiheitliche Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm wirft dem ehemaligen Koalitionspartner den Verlust des letzten Quentchens an Handschlagsqualität vor. „Wissen die ÖVP-Abgeordneten eigentlich noch, wofür sie stehen und wen sie vertreten?“

Herr Abgeordneter Wurm, haben Sie diesen Kurswechsel des ehemaligen Koalitionspartners beim generellen Rauchverbot in der Gastronomie erwartet, oder besser, befürchtet?

Wurm: Nachdem in den drei westlichen Bundesländern die ÖVP keine Probleme damit hatte, mit den Grünen eine Koalition zu bilden, die dann gegen jede Reform der türkis-blauen Bundesregierung quergeschossen haben, war das zu befürchten. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat ja auch bei der Aufkündigung der Koalition auf die grünen Zurufe reagiert. Bei einem der-

artigem Zick-Zack-Kurs frage ich mich, ob die ÖVP-Abgeordneten, die noch vor kurzem den gemeinsam gefassten Beschluss zum Rauchverbot sehr wortreich vertreten haben und nun das Gegenteil machen wollen, überhaupt noch wissen, wofür sie eigentlich stehen und wen sie vertreten?

Die Gegner des von der FPÖ initiierten Gesetzesbeschlusses argumentieren mit dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung.

Wurm: Wir haben in Österreich eines der strengsten Nichtraucher-gesetze auf der Welt, und wir haben bei unserem Gesetzesbeschluss im Vorjahr zusätzlich einen effektiven Kinder- und Jugendschutz per Gesetz definiert, mit dem wir Jugendliche abhalten wollen, mit dem Rauchen zu beginnen. Das ist für mich der effektivste Gesundheitsschutz, haben wir doch mit der Anhebung des Jugendschutzalters für den Verkauf von Tabakwaren auf 18 Jahre die Möglichkeit des Zigarettenkonsums für Jugendliche deutlich erschwert. Und was dann erwachsene Menschen tun, sollte ihnen auch selbst überlassen sein. Denn es weiß heutzutage wirklich jeder, was er mit dem Rauchen seinem Körper antut. Wir Freiheitliche lehnen derart überschießende Bevor-

mundungsmaßnahmen kategorisch ab.

Was spricht aus Ihrer Sicht gegen eine Aufhebung des Gesetzes?

Wurm: In Österreich sind bereits 100 Prozent aller Konditoreien, 90 Prozent der Restaurants und 65 Prozent aller Kaffee- und Gasthäuser rauchfrei. Und diese Entwicklung wird sich sowieso weiter fortsetzen. Da muss man nicht auch noch jene Gastronomen, die den Rauchern entgegenkommen, de facto entmündigen. Wir stehen für

„Wir lehnen derartige Bevormundungsmaßnahmen kategorisch ab.“

eine Wahlfreiheit der Unternehmer, die im Vertrauen auf die Gesetzgebung Millionen Euro investiert

haben, um entsprechende Trennungen zwischen Raucher- und Nichtraucherbereichen zu errichten. Im Falle einer Gesetzesänderung werden sie die Republik auf Entschädigung klagen. Und wenn Herr Kurz es ernst gemeint hat mit seiner Forderung, dass bis zur Wahl keine budgetwirksamen Maßnahmen, also Ausgabenerhöhungen, beschlossen werden sollten, dann müsste er seine Partei sofort zurückpfeifen. Aber wie schon bei den Beschlüssen der 14-tägigen Kurz-Alleinregierung in Sachen Asyl zeigt die ÖVP hier ihre opportunistische Ader und

fühlt sich an nichts gebunden, was ihrem Drang an die Macht hinderlich sein könnte.



Obwohl das anvisierte generelle Rauchverbot in der Gastronomie enorme

Auf dem Weg zum ÖVP-Umfaller ermöglicht es der SPÖ, mit Hilfe von

Die rot-schwarze Verbotskultur will die Österreicher davor schützen, selbständig zu denken und zu handeln. Nichts anderes verbirgt sich hinter dem Vorstoß, per Gesetz die bisher erlaubten und von Gastronomen für ihre rauchenden Gäste eingerichteten Bereiche zu schließen. Was kommt als nächstes?

Diese Woche entscheidet der Verfassungsgerichtshof über das von der türkis-blauen Regierung im Vorjahr beschlossene Rauchverbotsgesetz. Nichtsdestotrotz bildete sich schon vor diesem Entscheid eine klare Front gegen das von der FPÖ initiierte Gesetz, das dem jeweiligen Gastronomen die Entscheidung überlässt, ob er in seinem Betrieb einen Raucherbereich einrichtet oder er einen Nichtraucherbetrieb führt.

Nächster schwarzer Umfaller

SPÖ, Neos und Rest-Grüne haben in Kanzler Kurz' Koalitionsaufkündigung ihre Chance erblickt, jetzt ihren Machttraum von einem generellen Rauchverbot durchzusetzen – auch wenn dadurch Millionen-Klagen auf die Republik, sprich: die Steuerzahler, zurollen.

Möglich macht diese Gesetzesrücknahme die angeblich so stand- und gesinnungsfeste ÖVP. Nachdem sich der Parteichef durch den Verzicht auf sein Nationalratsman-

dat aus der Verantwortung davon-geschlichen hat, durfte sein Klubobmann August Wöginger die rückgratfreie Schlangenlinie der „Neuen Volkspartei“ zum Rauchverbot klarstellen: „Wenn der Verfassungsgerichtshof das Gesetz kippt, dann kommt das Rauchverbot. Sollte der VfGH die derzeitige Regelung nicht aufheben, dann würden wir einem Antrag für das Rauchverbot die Zustimmung geben.“

Nicht minder originell SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, die sich in der Angelegenheit als „Greta Thunberg der Nichtraucher“ versucht: „Es ist meine Pflicht als Mutter, Ärztin und Politikerin, die Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher mit gezielten Maßnahmen zu schützen.“ – Die Österreicher erachtet sie demgemäß für zu dumm, hier selbst zu entscheiden, ob sie in ein Raucher- oder ein Nichtraucherlokal gehen wollen.

„Kaum hat sich die ÖVP von der FPÖ losgeeist, steht sie schon wie-



e Schadensersatzklagen nach sich ziehen wird, will die ÖVP das 2018 beschlossene Gesetz aufheben.

entmündigten Staatsbürger

Neos und Rest-Grünen ihre Verbotspolitik gegen die Bürger fortzusetzen

der vorbehaltlos hinter der alten rot-schwarzen Verbotskultur. So viel zur Handschlags-Qualität der ehemaligen Kanzlerpartei“, zeigt sich FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm enttäuscht über die pechschwarzen Wendehälse im türkisen Gewand.

Verbote für die Österreicher

Einerseits predigen Rot-Grün und ÖVP doch Vielfalt, Diversität und Aufgeschlossenheit – aber nur für Einwanderer – und betreiben dafür bei den eigenen Bürgern schamlose Gleichmacherei über ih-

ren ans sektiererische grenzenden Verbotskultur.

„Bei dieser oft unsachlich geführten Diskussion kommt kaum zur Sprache, dass hier von oben herab über die Bürger bestimmt wird. Das ist aber nicht die Linie der FPÖ. Wir wollen freie und mündige Bürger in einer toleranten Gesellschaft“, hält Wurm dem entgegen.

Dass die FPÖ nichts für den Nichtraucherschutz getan habe, lässt er nicht gelten, schließlich wurde mit dem Gesetz ein wichtiger Schritt gesetzt, um Jugendliche vom Rauchen abzuhalten, indem

das Jugendschutzalter für den Verkauf von Tabakwaren auf 18 Jahre angehoben wurde: „Zwei Dinge waren uns bei dem Gesetz wichtig. Erstens, dass es einen effektiven Kinder- und Jugendschutz gibt, und zweitens, dass es eine Wahlfreiheit für Unternehmer und Raucher gibt – und beides haben wir erreicht.“

Neuer Anlauf der FPÖ

Während ÖVP, SPÖ und Neos die Österreicher mit dieser Bevormundungspolitik entmündigen wollen, haben bei den Freiheitlichen die Wahlfreiheit und Eigenverantwortung oberste Priorität, betonte Wurm: „Wir werden jene Wirte, die viel eigenes Geld in Lüftungsanlagen und die bauliche Trennung von Raucher- und Nichtraucher-Bereichen investiert haben, nicht im Stich lassen!“

Um der überhand nehmenden Bevormundung entgegenzuwirken, werde sich die FPÖ erneut für echten Ausbau direkter Demokratie stark machen, kündigte der designierte Bundesparteiobmann Norbert Hofer an: „Direkte Demokratie ist der beste Weg, um die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozess zu gewährleisten und zu fördern.“



Norbert Hofer
designierter FPÖ-Bundesparteiobmann

Die schwarz-blaue Regierung hat in ihren 17 Monaten tolle Arbeit geleistet. Nach dem Bruch des Koalitionspakts durch die ÖVP, die alleine aus taktischen Überlegungen erfolgte, haben wir vereinbart, dass an den gemeinsam gefassten Beschlüssen in der Zeit bis zu den Wahlen im Herbst nicht gerüttelt wird.

Schwarze Zwickmühle

Das ist eine Frage der politischen Reife und Aufrichtigkeit. Die ÖVP hat diese Reifeprüfung nicht geschafft und hat hier mit der SPÖ gemeinsame Sache gemacht. Die im Vorjahr beschlossene Regelung hat sowohl die Wahlmöglichkeit für Wirte beim Thema Rauchen in Lokalen als auch eine Verbesserung des Jugendschutzes gebracht.

Mit dem rot-schwarzen Beschluss, ein Rauchverbot in der Gastronomie zu verordnen, kommt auf die Republik viel zu. Die Wirtschaftskammer hat bereits klargestellt, dass sich die Wirte das nicht so einfach gefallen lassen werden. Sie haben viel Geld in Lüftungsanlagen sowie die bauliche Trennung ihrer Lokale in Raucher- und Nichtraucherbereiche investiert. Diese Kosten werden sie nun wohl vom Staat zurückfordern. Ich bin gespannt, wie das mit dem Plan der ÖVP, keine teuren Beschlüsse mehr vor der Wahl zu fassen, einher gehen soll. Es ist einfach nicht möglich, weil diese drohenden Rückerstattungen das Budget ab 2020 in hohem Maß belasten werden.

Wenn die ÖVP auf ihren Plakaten behauptet, dass der Weg erst begonnen hat, dann muss ich feststellen: Der erfolgreiche Weg, die Koalition mit der FPÖ, wurde beendet. Der Weg der ÖVP führt offenbar in eine Koalition mit Neos und Grünen – und damit in die entgegengesetzte Richtung.



Letzter Umstimmversuch Hofers mit ÖVP-Klubchef Wöginger.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

In der verbleibenden Gesetzgebungsperiode wird der freiheitliche Parlamentsklub versuchen, freiheitliche Forderungen umzusetzen. Der Schutz des Bargeldes – Teil des Regierungsprogramms – ist ein Beispiel dafür.

FPÖ-Themen unzensuriert

Durch eine neue Bestimmung im Staatsgrundgesetz („Die Verwendung von Bargeld unterliegt keinen Einschränkungen“) soll dieses grundlegende Recht sichergestellt werden. Diese Staatszielbestimmung soll klarstellen, dass die Beschränkung der Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger – Vertragsfreiheit bzw. Privatautonomie – und in das Recht auf Datenschutz darstelle. Daher sollen weder auf österreichischer Ebene noch auf Ebene der Europäischen Union, bzw. des ESM Maßnahmen gesetzt werden, die das Vertrauen der Bürger in die Bargeldbereitstellung und in das Recht auf Barzahlung erschüttern könnten.

Auch bei der direkten Demokratie vertreten wir unser ursprüngliches Modell, wonach Volksbegehren, die von vier Prozent der Stimmberechtigten unterstützt wurden, einer verbindlichen Volksabstimmung zuzuführen sind, sofern der National- bzw. der Bundesrat das Begehren binnen Jahresfrist nicht umgesetzt haben. Im Regierungsprogramm wurde eine Hürde von 900.000 Unterstützern als Kompromiss vereinbart. Ebenso eine Limitierung der Themen, die jetzt wieder obsolet ist. Nach freiheitlicher Sichtweise soll der Souverän, das Volk, über nicht weniger bestimmen dürfen als seine gewählten Vertreter.

NATIONALRATSWAHL

Wahltermin 29. September fixiert

Die Österreicher werden voraussichtlich am 29. September einen neuen Nationalrat wählen. Der Verfassungsausschuss des Nationalrats hat grünes Licht für den von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos eingebrachten Neuwahlantrag gegeben. Das Bundesgesetz zur vorzeitigen Beendigung der XXVI. Gesetzgebungsperiode soll demnach am 3. Juli in Kraft treten, wie SPÖ und FPÖ am vergangenen Dienstag per Abänderungsantrag fixiert haben.



PARLAMENT SPORTIV

Europameister

Einhelliger Jubel brandete im Parlament auf, als Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den Erfolg des „FC Nationalrat“ würdigte. Die Fußballmannschaft des Parlaments (mit FPÖ-Abgeordnetem Christian Ries) wurde in der Schweiz Europameister nach einem 4:0-Finalsieg gegen Deutschland.

Bierlein wirbt mit Verlässlichkeit um Vertrauen

Übergangsregierung will Stabilität und Sicherheit gewährleisten

Bundeskanzlerin **Brigitte Bierlein** kündigte an, auf tagespolitisches Kalkül zu verzichten und das Prinzip der größtmöglichen Sparsamkeit bis zum Antritt der neuen, vom Volk gewählten Regierung einzuhalten.

„Wir haben die Aufgabe, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten“, nannte Bierlein als Hauptaufgabe der von Bundespräsident Alexander Van der Bellen ernannten Übergangsregierung.

Verwalten statt gestalten

Ihr Kabinett werde das Vertrauen der Menschen zu gewinnen versuchen und daher auf tagespolitisches Kalkül verzichten. „Vor allem werden wir aber unsere Verantwortung gegenüber den Bürgern nicht



Bierlein und Jabloner: Nur die Aufgabe, das Land zu verwalten.

verlieren“, kündigte die Bundeskanzlerin an.

Vizekanzler Clemens Jabloner sprach von einer „heiklen Zeit“, die aber niemals eine Verfassungs-

oder Staatskrise gewesen sei. Die Übergangsregierung akzeptiere ihre eingeschränkte Handlungsmöglichkeit und werde dementsprechend konsensorientiert agieren.

Einigung bei Ganztagsbetreuung

ÖVP und FPÖ werden die finanziellen Mittel für die Nachmittagsbetreuung der sechs- bis 14-jährigen Schüler für die nächsten Jahre



im Parlament sicherstellen. Denn mit dem Abgang der Regierung war die dafür nötige Novelle zum Bildungsinvestitionsgesetz gefährdet. Die Länder haben bereits befürchtet, dass die Ganztagsbetreuung für das Jahr 2020 finanziell nicht sichergestellt ist.

Am vergangenen Sonntag teilten FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer (Bild) und sein ÖVP-Kollege Rudolf Taschner mit, dass man „zu den wichtigen gemeinsamen Projekten“ stehe. Deshalb werden sie diese Woche im Plenum einen Initiativantrag einbringen, um den Ausbau und die Qualität der

Nachmittagsbetreuung sicherzustellen. Beschlossen werden kann die Novelle allerdings erst in der Nationalratssitzung in der ersten Juli-Woche, denn der Antrag muss zunächst im Unterrichtsausschuss behandelt werden.

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und Bildungsministerin Iris Rauskala zeigten sich zufrieden über diese Einigung der beiden vormaligen Koalitionsparteien. Da das Gesetz per Initiativantrag der beiden Parteien im Parlament geschieht, hoffen beide, dass das Gesetz „ohne Abänderung und rechtzeitig“ beschlossen werden könne.

Alibi-Aktionen mit bescheidenem Erfolg

Kein Grund, um in den Jubel des AMS-Chefs über Erfolg der Job-Börsen für Asylanten einzustimmen

Bei seinen Versuchen, Asylanten auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen, versucht es das Arbeitsmarktservice (AMS) verstärkt mit „Jobbörsen“ exklusiv für diese. Der Erfolg ist bescheiden: Ende Mai waren 30.695 Asylberechtigte arbeitslos gemeldet.

„184 Geflüchtete nach Jobbörse in Jobs gebracht. Und dann heisst es „NUR“??? Also wir finden das ziemlich gut“, versuchte AMS-Chef Johannes Kopf via Twitter den eigens für Asylanten ausgerichteten Veranstaltungen Positives abzugewinnen.

Der Artikel der „Wiener Zeitung“, auf den er damit reagierte, zeigt nämlich ungeschminkt die ganze Problematik der Asyl-Einwanderung auf: Von den 1.040 Teilnehmern der am 23. Jänner abgehaltenen Jobbörse des AMS in Favoriten hatten nach tatsächlichen Bewerbungen dort dann drei Monate später nicht einmal ein Fünftel – also gerade 184 Bewerber – auch eine Arbeitsstelle.

Zum Vergleich dazu die jüngsten Zahlen des AMS: Ende Mai waren in Österreich 30.695 Asylberech-

tigte und subsidiär Schutzberechtigte arbeitslos gemeldet.

Ablenkung vom Scheitern

„Dass AMS-Chef Kopf meint, das sei ein Grund zum Jubeln, ist wohl mehr als bedenklich. Denn das bedeutet im Umkehrschluss, dass mehr als 75 Prozent der Asylberechtigten weiterhin ohne Arbeit und damit abhängig von Sozialleistungen sind. Das zeichnet ein mehr als fatales Bild von der Situation und ist wohl alles andere als ein Grund zum Jubeln“, bemerkte die freiheitliche Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch.

Die von Ex-Kanzler Sebastian Kurz medial groß inszenierte Jobbörse sei damit grandios gescheitert und zeige auch, wie die ÖVP in der von ihr gesprengten Koalition gearbeitet habe, erklärte Belako-



PR-Veranstaltung für Kurz, ausgerichtet vom Arbeitsmarktservice.

witsch: „Viel Tam-Tam, aber keine Substanz. Die Kastanien in Sachen Asyl- und Sozialpolitik sowie innere Sicherheit haben die FPÖ-Minister aus dem Feuer geholt.“

Sie warf Kopf und Kurz vor, damit lediglich vertuschen zu wollen, dass der Großteil der Asylberechtigten aus Asien und Afrika nicht in

den österreichischen Arbeitsmarkt integrierbar ist und auf lange Zeit mit Sozialleistungen der österreichischen Arbeitnehmer durchgefüttert werden müsse: „Das Märchen von den ‚gut ausgebildeten Physikern, Technikern und Wissenschaftlern‘, die da kommen, ist brutal geplatzt!“

Aus Verantwortung
für Österreich

Mehr denn je



Norbert Hofer





Harald Vilimsky

Asyl und Migration: Keine Entwarnung

Die Zahl der Asylwerber in der EU steigt wieder: Von Jänner bis April haben rund 207.000 Menschen um Asyl angesucht. Bemerkenswert dabei ist, dass ein Viertel dieser Asylwerber zunächst ganz regulär und visafrei einreist – und dann einen Asylantrag stellt. Diese Asylwerber kommen vor allem aus Lateinamerika (Venezuela oder Kolumbien) und den Westbalkan-Staaten. Es zeigt sich, was Frontex-Chef Fabrice Leggeri so formuliert: „Die EU wird Jahrzehnte unter Druck bleiben.“

Besonders krass offenbart sich das Versagen der EU bei der Abschiebung von abgelehnten Asylwerbern: 1,5 Millionen wurden in den vergangenen fünf Jahren zurückgewiesen und haben kein Recht, hier zu sein, aber nur ein Drittel hat die EU tatsächlich verlassen. Mit anderen Worten: Eine Million Menschen sind untergetaucht und halten sich damit illegal in der Union auf.

Deshalb haben sich die EU-Staaten vergangene Woche auf neue Abschieberegungen geeinigt. Die müssen aber noch vom EU-Parlament abgesegnet werden, was dauern kann. Unser Ex-Innenminister Herbert Kickl sieht das durchaus kritisch: „Die Reform der Rückführungsrichtlinie hat in weiten Teilen den Charakter einer Mogelpackung, durch die neue Hürden bei der Außerlandrung von illegalen Migranten aufgebaut werden können.“

Das Asyl- und Migrationsthema ist unverändert aktuell – und wird es auch bleiben.

Zahl der Asylwerber in der EU steigt heuer wieder

Während die EU-Innenminister darüber rätselten, wie sie abgelehnte Asylwerber schneller wieder abschieben können, stieg die Zahl der Asylwerber in der EU seit Jahresbeginn wieder deutlich an. Das geht aus den entsprechenden Zahlen auf der Webseite der EU-Asylbehörde EASO hervor.

Von Jänner bis einschließlich April hätten rund 206.500 Menschen einen Erst-Asylantrag in der Europäischen Union gestellt. Das sind um gut 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wo es „nur“ 179.000 waren.

Im Vorjahr war die Zahl der Asylwerber in der EU noch um elf Prozent zurückgegangen, doch seit Jahresbeginn sind immer mehr Asylwerber über reguläre Wege und visafrei in die EU eingereist, vor allem aus den Westbalkan-Staaten und aus Lateinamerika, etwa aus Albanien, Georgien, Venezuela und Kolumbien. Bereits jeder vierte Asylantrag kam heuer von einem Staatsangehörigen eines

Landes, dessen Bürger ohne Visum in die EU-Schengenzone einreisen dürfen. Einen besonders auffälligen Anstieg der Asylwerber gab es aus Venezuela zu verzeichnen: im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kam es zu einer Zunahme von 121 Prozent auf 14.257 Personen. An der Spitze der Hauptherkunftsländer der Asylwerber liegt nach wie vor Syrien mit 20.392 Anträgen. Während die Zahl der Syrer zurückgeht, stieg die der Afghanen um 36 Prozent auf 14.042 an.



Asylwerber reisen legal ein.

Dänische Sozialdemokraten mit FPÖ-Kurs die P

Neue Ministerpräsidentin zog die Konsequenzen a



Keine Zuwanderung aus „kulturfernen Ländern“, raschere Abschiebung abg
Abschiebung auf einer unbewohnten Insel. Dänemarks Sozialdemokraten h

Sie will weniger Einwanderer aus kulturfremden Regionen, mehr Abschiebungen und Sozialleistungen nur für ihre Landsleute und integrierte Immigranten. Dänemarks sozialdemokratische Parteichefin Mette Frederiksen wurde für den Bruch mit der ideologischen Verblendung von den Bürgern ins Amt der Ministerpräsidentin gewählt.

Der Jubel unter Europas Sozialdemokraten über den Wahlerfolg ihrer dänischen „Genossen“ war bescheiden. Denn die Wahlsiegerin und künftige Ministerpräsidentin Mette Frederiksen vertritt bei der Asyl- und Einwanderungspolitik nicht den „Willkommens“-Kult der deutschen oder österreichischen Genossen, sie hat den Kurs der FPÖ eingeschlagen.

Mit dem Satz: „Mit dieser unhaltbaren Migrationspolitik ist jetzt Schluss, und zwar vollständig!“, schaffte sie vor achtzehn Jahren als 24-jährige Politikerin der sozialdemokratischen Partei erstmals den Sprung ins dänische Parlament. Dabei entstammt Frederiksen quasi sozialdemokratischem Parteiadel, die Familie war in dritter Generation in der Arbeiterbewegung verankert.

FredrikSENS „Paulus-Wandlung“

Den Wechsel vom linken auf den rechten Flügel der Partei erfolgte, nachdem ein alte sozialdemokratische Lebenslüge aufgefliegen war: Als Verfechterin der öffentlichen

Schule kritisierte sie Eltern scharf, die ihre Sprösslinge auf Privatschulen schickten, aber ihre älteste Tochter besuchte selbst eine private und keine öffentliche Volksschule.

Für Frederiksen war dies der Wendepunkt: Man darf den Bürgern nichts anderes zumuten, als man sich selbst zugesteht. Die Metamorphose war so komplett, dass



Mit dem Schwenk auf die Zuwanderung
FredrikSENS die dänischen Sozialdemokr

Sozialdemokraten gewinnen Parlamentswahl

Aus den ideologischen Lebenslügen der Linken



abgelehnter Asylwerber, Abschottung krimineller Asylwerber bis zu deren Abreise. Die Regierung hat von der „Willkommenspolitik“ eine klare Absage erteilt.

Frederiksen heute von ihren Gegnern als Opportunistin dargestellt wird.

Wahrung der sozialen Werte

Frederiksen hat ihrer Partei eine harte Kurskorrektur verordnet, hin zu einer restriktiven Migrationspolitik, wie sie bisher vom politischen Gegner am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums, der Dänischen Volkspartei, propagiert wurde.

Sie verspricht weniger Einwanderung aus „nicht-westlichen Ländern“, setzt auf mehr Abschiebun-

gen und sprach sich auch nicht gegen ein Gesetz aus, das kriminelle Asylwerber bis zu deren Abschiebung auf eine Insel verbannt. Ihre Formel gleicht jener der FPÖ: Wenn das Land seine sozialstaatlichen Errungenschaften bewahren will, dann können diese nicht uneingeschränkt mit allen geteilt werden.

Erfolg und deutsche Ablehnung

Das kam in der Bevölkerung gut an, schließlich zahlen die Dänen – ähnlich wie die Österreicher – viel Geld in ihr Sozialsystem ein. Dementsprechend kamen die Sozialdemokraten als stärkste Kraft auf 25,9 Prozent und 48 Mandate – das sind ein paar Stimmen weniger, aber ein Sitz mehr als bei der letzten Parlamentswahl 2015. Der von den Sozialdemokraten angeführte sogenannte „Rote Block“ kommt dank des guten Abschneidens anderer linksgerichteter Parteien auf 91 der 179 Sitze im Parlament in Kopenhagen.

Aus der abstürzenden deutschen SPD ließ sich Ex-Chef Sigmar Gabriel zu der Bemerkung hinreißen, dass die Partei die Politik der dänischen Sozialdemokraten als Vorbild nehmen sollte – und erntete dafür Hohn und Spott aus den eigenen Reihen.



ngspolitik der Freiheitlichen hat Mette Frederiksen auf Erfolgskurs gebracht.

KURZ UND BÜNDIG



Mehr Härte gegen Schlepper

Die italienische Regierung hat am Dienstag ein neues Sicherheitspaket verabschiedet, das die Schlepperei aktiver bekämpfen soll. Das aus 18 Artikeln bestehende Dekret, das jetzt vom Parlament verabschiedet werden muss, sieht Strafen zwischen 10.000 und 50.000 Euro für Schiffe vor, die Migranten an Bord nehmen, ohne sich an die internationalen Regeln für Rettungsaktionen zu halten. Als Symbol dazu kündigte Innenminister Matteo Salvini (Bild) die Schließung von Europas einst größtem Flüchtlingslager im sizilianischen Mineo bei Catania für Mitte Juli an. Das Lager wird seit Februar geräumt. Es befinden sich derzeit noch 152 Personen in dem Lager.

Schweiz will Nachbesserung

Brüssel hat nicht nur Probleme mit dem „Brexit“ der Briten, sondern jetzt auch mit den Schweizern. Der Berner Bundesrat hat von Brüssel Klärungen zum Rahmenabkommen mit der EU eingefordert, bevor die Schweiz das Abkommen annehmen werde. Diese betreffen Kernthemen der Union wie die staatlichen Beihilfen, die Unionsbürgerrichtlinie oder den Lohnschutz im Rahmen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Das Abkommen ist Voraussetzung für die Fortsetzung des „bilateralen Wegs“, der Teilnahme der Schweiz an Teilen des EU-Binnenmarkts über sektorale Verträge zur Übernahme von EU-Regelungen.



Rückführungsrichtlinie ist nur eine Mogelpackung

Mit Erstaunen reagierte Ex-FPÖ-Innenminister Herbert Kickl auf die Meldungen, wonach die Reform der Rückführungsrichtlinie die illegale Einwanderung nach Europa einbremsen soll.

„Wie bei allem, was uns von der EU im Bereich Asyl als Verschärfung verkauft wird, gilt es, das Kleingedruckte zu lesen“, bemerkte Kickl und stellte fest: „Die Reform hat in weiten Teilen den Charakter einer Mogelpackung, durch die neue Hürden bei der Außerlandesbringung von illegalen Migranten aufgebaut werden können.“

So könnte es in Zukunft unmöglich werden, abgelehnte Asylwerber in andere Staaten als in ihre Herkunfts- oder die Transitstaaten abzuschieben, was auf das präventive Aus für Rückkehrzentren in Drittstaaten hinauslaufe.

Das Ganze komme einem Ausbau der Rechte für abgelehnte Asylwerber gleich und ergebe in Kombination mit schwammigen Formulierungen eine Steilvor-

lage für Asylanwälte, um noch mehr Probleme bei Abschiebungen machen zu können.

„Niemand, der über ein sicheres Transitland in die EU kommt, sollte um Asyl ansuchen dürfen. Das sollte nur noch für Personen gelten, die aus EU-Nachbarländern stammen. Das ist auch im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und die einzige Möglichkeit, die extrem teuren Abschiebungen und damit das Milliardengeschäft der Schlepper zu verhindern“, forderte Kickl.



Kickl warnt vor Mogelpackung.

TERMINE

15 Grätzlfest der FPÖ Simmering



Einladung zum GRÄTZLFEST

15 JUNI
Valiergasse/ Muhrhoferweg
von 15:00 bis 19:00 Uhr
mit Bezirksvorsteher KR Paul Johann Stadler
Zur Unterhaltung bieten wir unter anderem:
Luftburg-Kinderschminken-Livemusik
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

18 Bezirksteilstammtisch Breitenlee

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 18. Juni 2019, zum Bezirksteilstammtisch Breitenlee ins Gasthaus „Lindenhof“ (Breitenleerstraße 256, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

18 Seniorenstammtisch in Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 18. Juni 2019, zum Seniorenstammtisch mit Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Katharina Krammer ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien) Beginn: 15.00 Uhr.

19 Bezirksteilstammtisch Essling

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 19. Juni 2019, zum Bezirksteilstammtisch Essling ins Café-Restaurant „Queen Essling“ (Esslinger Hauptstraße 63, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

23 FPÖ-Frühshoppen in St. Aegidi

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe St. Aegidi lädt am Samstag, dem 23. Juni 2019, zum Frühshoppen mit Live-Musik der Gruppe „Borriquito“ und Ehrengast FPÖ-Bundesrat Thomas Schererbauer ins Gasthaus „Kellerwirt“ der Familie Bogner (4725 St. Aegidi 7). Beginn: 10.00 Uhr.

LESER AM WORT



Moslemische Feiertage

Das Bundesministerium für Bildung und Kunst „empfiehlt“ drei zusätzliche Feiertage für moslemische Schüler. Das ist genauso eine Diskriminierung wie die Argumentation zur Abschaffung des Karfreitags als Feiertag für Evangeliken und Altkatholiken. Wenn schon, dann gleiches Recht für alle Schüler; denn noch ist der Islam, zum Leidwesen der Linken, in Österreich nicht führend!

J.G.Ehrenreich, Wien



Foto: reportage.co.at

Diese Übergangsregierung

Die Massenzuwanderung wird wieder ermöglicht, Abschiebungen sind kein Thema und die Kriminalität steigt. Es gibt keine Kritik an der EU – alle großen Medien sind auf „Linie“. Weil ein Teil der Nichtraucher darüber bestimmen will, ob ein Wirt in seinem eigenen Lokal Rauchen erlauben oder verbieten kann, wird die Gastronomie bevormundet und geschädigt – und das in einem Land mit angebli-

cher Meinungsfreiheit. Die Ausforschung der Hintermänner des „Ibiza-Videos“ wird wohl nie erfolgen. Einer der Gründe für den „Abschuss“ von Innenminister Herbert Kickl, der schon beim BVT-Skandal in ein Wespennest gegriffen hat. Kurzum, sämtliche Spuren der beim Volk so beliebten FPÖ-Entscheidungen werden annulliert. Das ist die Arbeit der so tüchtigen Übergangsregierung, die im Gegensatz zur vorherigen Regierung von keinem Wähler gewählt wurde.

Stephan Pestitschek, Strasshof

„Klimaflüchtling“ Hitze

Eine Hitzewelle mit bis zu 36 Grad hat Österreich zu erwarten, wobei es in Afrika kühler sein soll. Na wenigstens kann künftig eine Flucht nach Österreich mit der Begründung „Klima“ ausgeschlossen werden! So gesehen – die Hitze kann kommen!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Perspektivenlose SPÖ

Ein SPÖ-Parlamentarier möchte den Familienbonus laut seiner Aussage auf Twitter abschaffen. Alleine schon der Gedanke spiegelt die Realitätsferne gewisser Genossen in dieser Partei wider. Die SPÖ ist existentiell bedroht, ihre Mission für das 21. Jahrhundert ist vollkommen erstarrt, sie sind im Klassenkampfmodus des vorigen

Jahrhunderts ohne Perspektiven stecken geblieben.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



Foto: NFZ

ÖVP-Umfaller

Die ÖVP mit dem überheblichen, machtgierigen Ex-Kanzler Kurz ist wieder einmal wankelmütig. Als die Schwarzen noch mit der SPÖ in der Regierung waren, da stimmten sie für ein Rauchverbot. Zwei Jahre später stellte die ÖVP den Kanzler und waren gegen ein Rauchverbot. Und jetzt, man glaubt es kaum, sind Kurz und Co. wieder für ein Rauchverbot. Diese ÖVP ist alles andere als glaubwürdig. Wer ersetzt den Lokalbesitzern und Wirten die Kosten für den Umbau? Das sollten die Politiker der ÖVP sein und nicht der Steuerzahler. Als Nichtraucher bin ich dafür, dass es so bleibt, wie es jetzt ist. Es gibt viele andere Dinge, die genauso schädlich sind wie das Rauchen.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Maria Vassilakou letztes grünes „Millionen-Erbe“

Wiental-Radweg der Vizebürgermeisterin wird zum Millionen-Grab

Um 4,9 Millionen Euro lassen Rot-Grün in Mariahilf 70 Parkplätze verschwinden und drücken den Anrainern ungefragt einen Radweg am Naschmarkt aufs Auge. Ein weiteres Millionen-Grab der Frau Vassilakou vor ihrem endgültigen Abgang.

„Die grüne Noch-Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou schafft kurz vor ihrem Abgang aus der Politik mit ihrem neuesten Prestigeprojekt ‚Wiental-Radweg‘ ein weiteres Millionen-Grab“, ärgerte sich der Verkehrssprecher der Wiener FPÖ, Klubobmann Toni Mahdalik. Im Verkehrsausschuss des Gemeinderats in der vergangenen Woche haben SPÖ und Grüne 4,9 Millionen Euro Steuergeld für dieses Projekt durchgewunken. Und die sonst so pseudo-kritischen Neos hätten dazu applaudiert, bemerkte Mahdalik.

Der Obmann der FPÖ-Maria-



Auf den Protest der FPÖ im Frühjahr hat Vassilakou nicht reagiert.

hilf, Leo Kohlbauer zeigt sich über die fadenscheinige „Bürgerbeteiligung“ verärgert: „An einem verregneten Wochenende wurden rund ein Dutzend zufällig im Alfred-Grünwald-Park anwesende Personen über das Projekt informiert. Über Anrainer und Unternehmer des Naschmarktes wurde von Rot-Grün einfach drübergefahren – und all das auf Kosten der Wiener Steuerzahler.“

Projekt überdenken

Für die FPÖ muss das Projekt zurück zum Start. Mahdalik erinnerte an die blauen Kompromiss-Vorschläge: „So hätte man entlang des kaum genutzten Gehweges an den Naschmarkt-Standln je einen Richtungsradweg machen können. Mit der Errichtung der gewünschten Naschmarkt-Garage hätte der Verlust von mehr als 70 Parkplätzen abgefangen werden können.“

Rote Lüge zum „Schutz unseres Wassers“

Anscheinend ist in der SPÖ der letzte Genierer verloren gegangen. Während die Bundespartei im Parlament vorgibt, den Ausverkauf der heimischen Wasserressourcen verhindern zu wollen, haben die Wiener Genossen diese Initiative bereits vor neun Jahren torpediert.

„Die SPÖ hat bereits 2010 Teile des Wiener Wassers verscherbelt. Sich jetzt für einen Privatisierungsstopp des Trinkwassers einsetzen zu wollen ist mehr als unglaubwürdig“, erinnert der geschäftsführende Landesparteiobmann, Vizebürgermeister Dominik Nepp, an die roten Machenschaften der Vergangenheit. Damals haben die Genossen unter Alt-Bürgermeister

Michael Häupl heimlich die Quelle Seisenstein in der Gemeinde Wildalpen einem privaten Spekulanten zugeschanzt.

„Die SPÖ verscherbelt Teile des Wiener Wassers an private Investoren und will sich nun als Anti-Privatisierungspartei aufspielen“, zeigte der FPÖ-Vizebürgermeister die Taktik der Genossen auf. Leidtragende sind und waren die Wiener, die finanziell davon nichts haben, dass ein Poker-Millionär aus Hongkong die Marke „Wildalpen“ im Ausland vermarkten dürfe. Und: Bürgermeister Ludwig war damals Mitglied der Wiener Landesregierung und ist somit für die Privatisierung politisch mitverantwortlich.



Nepp: SPÖ hat schon mit Ausverkauf des Wassers begonnen.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Küniglberg und Argentinierstraße halten eine Menge Nachrufe bereit. Und zwar von noch Lebenden, von denen man annimmt, dass sie's nimmer lang machen werden.

Dichtung und Wahrheit

Im Ernstfall ist das Werk mit kleinen Ergänzungen fertig.

Nekrologe gibt's aber nicht nur für Tote. Besonders bei Politikern muss man sie schon für deren weitere Lebzeiten bereithalten. Drum bin ich sicher, dass Frau Rendi griffbereit in den Laden liegt. Sie sitzt längst wie eine zu schwere Eule auf einem morschen Ast.

Ihr Abgang wird aber kein Erdbeben verursachen.

Ob politische Erdbeben in nächster Zeit überhaupt stattfinden, ist noch unklar. Es ist Vorwahlzeit. Ich kann mir gut vorstellen, dass so manche drauf Dressierte emsig suchen und suchen lassen, wo's denn da und dort das eine oder andere schwarze Fleckerl gibt.

Dass sie solche „Flecke“ aber auch erfinden, sieht man am Herbert Kickl. Der ist ja der reinste Gottseibeius gewesen. Für mich ist er der beste Innenminister, den wir je hatten, aber eben das ist es ja. Das halten sie nicht aus.

Mir tät an seiner Stelle die Geduld reißen. Ich würde jedem Blödbehaupter und Anpatzer so richtig eine – na ja, träumen wird man doch noch dürfen.

BURGENLAND **Wirksame Förderung**

8,9 Prozent der burgenländischen Betriebe wurden 2018 neu gegründet oder durch Betriebsübernahmen neu aufgestellt. „Um Forschung und Innovation zu stärken, haben wir gezielte und nachhaltige Fördermaßnahmen für Jungunternehmer etabliert, durch die die Gründung eines Unternehmens erleichtert wird“, erklärt Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig. Mit rund 1.700 Neugründungen rangiert das Burgenland im österreichischen Spitzenfeld. Das Land gebe Impulse für eine starke Wirtschaft und neue Arbeitsplätze.

SALZBURG **Schutz des Wassers**

Der Salzburger Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Wasserversorgung der Salzburger Bevölkerung mit hochwertigem Trinkwasser sichergestellt wird. „Der Schutz des heimischen Wassers war unsere Intention, und wir freuen uns, dies erreicht zu haben“, erklärte FPÖ-Abgeordneter Andreas Teufl.



Andreas Teufl

KÄRNTEN **Öffentlicher Verkehr**

Die Enquete des Kärntner Landtages zum Thema „Verkehr, Mobilität und Infrastruktur“ habe schnell klar gemacht, dass Kärnten in der Schlusslichtposition aller Bundesländer verharrt, weil SPÖ und ÖVP jahrelang keine vernünftigen und effizienten Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in Kärnten umgesetzt haben, zog FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann ein ernüchterndes Resümee über die Expertenausführungen. „Wir Freiheitliche fordern die Kärntner Landesregierung daher auf, endlich auf unsere Vorschläge für eine Bus- und Bahnoffensive in Kärnten einzugehen. Jetzt ist rasches Handeln insbesondere im Sinne der Pendler, der Senioren sowie unserer Kinder und zum Schutz und Erhalt unserer Natur und Umwelt gefordert“, betonte Darmann.

Van der Bellens Adjutant setzt 53 Schulkinder auf die Straße!**FPÖ fordert Rücknahme der Schließung der Heeresicherheitsschule**

Übergangsverteidigungsminister Thomas Starlinger sorgt mit Schließung der Sicherheitsschule in Wiener Neustadt für allgemeine Verärgerung.

Die Heeres-Sicherheitsschule in Wiener Neustadt, ein gemeinsames Projekt des Verteidigungs- und des Bildungsministeriums, das als Nachfolge des Bundesrealgymnasiums an der Theresianischen Militärakademie gedacht war, soll geschlossen werden.

Willkürakt des Ministers

Das verkündete letzte Woche der Verteidigungsminister der Übergangs-Beamtenregierung, Thomas Starlinger, Ex-Adjutant von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. „Kein Österreicher hat den Herren gewählt, und er setzt 53 Kinder von heute auf morgen auf die Straße. Das ist zum Schämen und auf's Schärfste zu verurteilen“,

NIEDERÖSTERREICH 

Landbauer: FPÖ fordert planmäßigen Start des Schulbetriebs.

empörte sich der geschäftsführende FPÖ-Landespartei- und Klubobmann Udo Landbauer.

Große Enttäuschung und Unsicherheit herrscht bei den Eltern und Schülern, die davon per E-Mail und Brief in Kenntnis gesetzt wur-

den. „Die Kinder haben hart gearbeitet und sich monatelang intensiv auf die einzigartige Ausbildung vorbereitet“, erklärte Landbauer und kündigte an, dass die Freiheitlichen das Projekt auf alle Fälle erhalten wollen.

VORARLBERG **Preisexplosion stoppen!**

Innerhalb weniger Jahre haben sich die Grundstückspreise in Vorarlberg praktisch verdoppelt. Damit wurde der Wunsch vieler Vorarlberger nach einem Eigenheim zerstört. „Es wäre Aufgabe der Politik gewesen, dieser besorgniserregenden Entwicklung aktiv entgegenzusteuern“, kritisiert der



Weixlbaumer: Politik muss die Preisexplosion stoppen.

freiheitliche Wohnbausprecher Joachim Weixlbaumer die Untätigkeit der schwarz-grünen Landesregierung.

Die explodierenden Grundstückspreise verlangen nach Alternativen, die von der öffentlichen Hand angeboten werden müssen, fordert Weixlbaumer: „Mit einer aktiven Bodenpolitik der Gemeinden wie des Landes zur Sicherung von dringend notwendigen Flächen, die dann zu attraktiven Konditionen für den Wohnbau – den sozialen Wohnbau wie auch dem Eigenheimbereich – zur Verfügung gestellt werden, könnte ein preisdämpfender Impuls gesetzt werden.“

Das wäre einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden gerecht und würde andererseits eine bessere Nutzung der vorhandenen Bauflächen durch mehrgeschossige Bauten eine optimalere Kostenentwicklung bewirken, zeigt sich der FPÖ-Wohnbausprecher überzeugt.

TIROL **Nur rot-grüne Hysterie**

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik von 17 Migranten in der Rückkehrberatungsrichtung in Fieberbrunn gehen nun auch politisch die Wogen hoch, startete dieser doch, als SPÖ und Grüne zufällig bei einem Lokalausgang in der Einrichtung waren. „Das wirft natürlich ein völlig neues Licht auf diese Causa“, bemerkte FPÖ-Landesobmann Markus Abwerzger und warf den beiden Parteien „unangebrachte Hysterie“ vor. In dieser Einrichtung sind abgelehnte Asylwerber untergebracht, die auf ihre Abschiebung warten – aufgrund rechtsstaatlicher Entscheidungen.

SALZBURG 



ÖVP feiert Festspiele und ignoriert die zunehmende Kriminalität in Salzburg.

Festspiel-Politiker ignorieren die steigende Kriminalität

Salzburg ist schon lange keine schwarz/grün/rosa Märchenwelt mehr

Kein Tag, an dem Salzburg nicht von Verbrechen terrorisiert wird. ÖVP-Bürgermeister Preuner und ÖVP-Landeshauptmann Haslauer sehen tatenlos zu.

Die selige Festspiel-Märchenwelt Salzburg. Dass die bereits in weiter Ferne liegt, hat sich noch nicht bis in die hohe Gesellschaft der Landesregierung durchgesprochen. Kein Tag vergeht, an dem Drogenkriminalität, Diebstähle oder Gewaltverbrechen die Lokalnachrichten nicht beherrschen.

Und seit letzter Woche zielt ein weiteres Gewaltverbrechen die

traurige Bilanz der Landeshauptstadt. „Dass Haslauer und die willkommensklatschenden Schellhorns lieber im Altstadtbezirk der Bussi-Bussi-Gesellschaft ihre Aufwartung machen und sich eher selten in den Brennpunkt-Stadtteilen blicken lassen, verwundert nicht, finden doch dort weder Festspiel-Aktivitäten noch Promi-Empfänge statt“, bemerkte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek zur Schießerei im Stadtteil Lehen.

ÖVP ignoriert die Entwicklung

Während die ÖVP tatenlos zusieht, braucht Österreich wieder

einen Innenminister vom Kaliber Herbert Kickls, der rigoros und konsequent gegen Gewalttaten vorgeht. Die Landespolitik stiehlt sich dabei aus der Verantwortung und schiebt die Zuständigkeit ab, kritisiert Svazek: „Wir Freiheitliche verlangen seit Jahren Lösungen wie etwa die Sicherheitswache!“

Sie fordert die Landesregierung auf, sich auf einen lösungsorientierten Lokalausgang in die betroffenen Stadtteile zu begeben: „Unser Ziel ist ein Sicherheitsplan, damit sich die Bürger auch außerhalb des Festspielareals in den Sommermonaten sicher fühlen.“

Durchgreifen gegen Gewalt

Die Zahl angezeigt Gewaltakten in steirischen Bildungseinrichtungen erreichte im vergangenen Jahr einen Rekordwert von 210 Anzeigen. Im Vergleich zum Jahr 2014 mit ganzen 26 Anzeigen haben sich diese um das Achtfache erhöht.

„Angesichts des zunehmenden Gewaltpotentials an steirischen Schulen ist es höchst an der Zeit, dieser Problematik mit effektiven Maßnahmen entgegenzuwirken. Es muss Sanktionsmöglichkeiten geben, bevor es zur Eskalation

kommt. Dafür brauchen Pädagogen auch den notwendigen Rückhalt, um entsprechende Sanktionen setzen zu dürfen, ohne gleich dafür verteufelt zu werden“, forderte der geschäftsführende steirische FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann.

Vor allem aus Migrantenfamilien stammende Schüler haben ein massives Autoritätsproblem mit Lehrkräften. Den Kindern und Eltern muss klargemacht werden, dass Gewalt und Respektlosigkeit an Schulen nicht toleriert werden.

STEIERMARK 



Hermann: Härteres Durchgreifen gegen Gewalt an den Schulen.



Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

LÄNDER-SACHE

So könnte der Titel des Dramas der derzeitigen österreichischen Innenpolitik lauten, wenn es um die neu entflammte Debatte rund um das Rauchen in Lokalen geht.

Dass die FPÖ die einzige Partei ist, die auch jene Gaststättenbetreiber im Auge hat, die vor Jahren hohe Investitionen auf sich genommen haben, um gesetzeskonform Raucher- von Nichtraucherabteilen abzutrennen, steht außer Frage.

Wahlfreiheiten

Ebenso, dass wir Freiheitliche uns für direkte Demokratie aussprechen, sodass auf ein Volksbegehren mit einem derartig hohen Zuspruch eine verbindliche Volksabstimmung führt. Die „Volkspartei“ kann mit beiden Ideen nichts anfangen, wird nun nach der Sprengung der Regierung wortbrüchig und sucht bereits vor Neuwahlen „neue“ Partner, um einstige Regierungsbeschlüsse parlamentarisch „auszumerzen“.

So wird Ex-Kanzler Kurz künftig wohl auch von Landeshauptmann Haslauer beraten werden, gerade, wenn es um die Selektion von Mehrheitsbeschaffern geht. Fakt ist, „Türkis“ hat sich an der Hartnäckigkeit der FPÖ im Bund, die im Auftrag der Österreicher regiert hatte, die Zähne ausgebissen. Da hat es der Schwarze Häuptling aus Salzburg wesentlich leichter: Devote Grüne und willfährige rosa Neos üben sich im akkordierten Kopfnicken auf der Regierungsbank und in den Abgeordnetenreihen.

Klar, die gewünschten schwachen Partner für eine ebenso schwache Politik. Wollen wir wirklich Salzburger Verhältnisse in ganz Österreich? Wir sagen klar: Nein!

GEZWITSCHER



Just Me

@JustChris14

Gegen #Polizeigewalt heißt es. Am Ende ist es doch nur eine Bühne der Antifa und der Linken um Rassismus anzuprangern, den Klimawandel zu prädisgen, Kapitalismus zu verteufeln, offene Grenzen zu fordern. Diese Demo ist ein schlechter Witz.

06.06.19 15:50

Narrenfreiheit für linke Anarchos. Wenn die Polizei ihren gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag erfüllt, brüllen sie: „Polizeigewalt!“

Fex

@FelixHallinger

Die #ÖVP beschließt in einer Regierung das #Rauchverbot, nimmt es in ihrer nächsten Regierung zurück und will jetzt der Rücknahme der Rücknahme wieder zustimmen. Die nehmen ja mehr zurück als der Pfandautomat.

05.06.19 02:11

Kurz' „Neue Volkspartei“ läuft zu alter ÖVP-Form auf: Sie fällt selbst im Liegen noch um.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

09.06.2019

Liebe Freunde! Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass eines in der Politik ganz wichtig ist: Das Vertrauen.



2.993 Personen gefällt das.

Ein geglückter Neustart der FPÖ mit einem Obmann, dem die Österreicher wirklich vertrauen können.

Koalitionsende bringt dem ORF noch eine „Reform-Schonzeit“

FPÖ-Mediensprecher: GIS-Abschaffung war mit der ÖVP vereinbart

Hätte die ÖVP die Koalition nicht gesprengt, wäre die Rundfunkgebühr bereits Geschichte. Die FPÖ hält an deren Abschaffung weiter fest.

Die FPÖ wird an ihrer Forderung nach Abschaffung der ORF-Gebühren festhalten, erklärte FPÖ-Mediensprecher Hans-Jörg Jenewein in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ – zumal man in der Koalition mit der ÖVP das auch schon fixiert habe.

Neuer Anlauf im Herbst

Aber die von der FPÖ angestrebte ORF-Reform sei auch nach dem Ende der Koalition mit der ÖVP noch nicht gestorben. In manchen Punkten seien die Freiheitlichen beispielsweise von der SPÖ „nicht



FPÖ wird auf GIS-Abschaffung und ORF-Reform beharren.

weit weg“, bemerkte Jenewein. So gebe es Übereinstimmung, dass etwa die Besetzung des Stiftungsrats nach den Kräfteverhältnissen im Parlament besetzt werden sollte. Das wäre offener als die jetzige „verdeckte Parteipräferenz“ über Vorfeldorganisationen oder die Kammern.

Abschaffen will die FPÖ etwa

die Nebenbeschäftigungen von ORF-Mitarbeitern, betonte Jenewein: „Sondergenehmigungen sollte es nur über den Stiftungsrat geben.“ Die Zukunft von ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz sei in der Koalition „offen“ gewesen, sagte Jenewein: „Aber für mich ist Wrabetz nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Bisher hat nur die ÖVP den Wahlkampf gestartet, aber schon ahnt die „Kronen Zeitung“, was Sebastian Kurz damit angezettelt hat: „Wahlkampf wird Schlammanschlag“. Denn Kurz schiebt



die Schuld für das Ende der Koalition der SPÖ und der FPÖ in die Schuhe, die es gewagt haben, seinen Putschversuch für eine ÖVP-Alleinregierung im Parlament abzuwählen.

Blumen streut hingegen der „Kurier“ ausnahmsweise einem Freiheitlichen, dem FPÖ-Kandidaten für die Volkswirtschaft, Ex-Klubobmann Walter Rosenkranz, der auch von seinem Zivilberuf als



Rechtsanwalt her für das Amt bestens geeignet ist: Rosenkranz sei ein „gemäßigter Blauer mit feiner, wenn nötig scharfer Klinge“. Rosenkranz folgt in dieser Funktion Peter Fichtenbauer nach.

FPÖ TV
Direkt

Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

Lisa Gubik, Christian Schuch

Start der Frauen-Akademie

Neue Ausbildungsschiene des Freiheitlichen Bildungsinstituts



Mit der bundesweiten Frauen-Akademie startete heuer eine neue Ausbildungsschiene des Freiheitlichen Bildungsinstituts: Ein Lehrgang, der speziell auf Frauen ausgerichtet ist, und diese ermuntern soll, sich in Politik und Partei in verantwortungsvollen Positionen zu engagieren. Die Frauen-Akademie umfasst berufsbegleitend bundesweit fünf Module und ein Wahlpflichtseminar und schließt mit einem Zertifikat.

Lehrgangsheilerin FPÖ-Frauensprecherin und Obfrau der „initiative Freiheitlicher Frauen“ NAbg. Carmen Schimanek im Interview zur Frauen-Akademie:

Der Start der Frauen-Akademie ist erfolgt - Wie haben Sie ihn erlebt?

Der Lehrgang wird sehr gut angenommen. Der große Zuspruch aus allen Bundesländern gibt uns darin Recht, jetzt auch mit dieser neuen Ausbildungsschiene ganz gezielt Frauen anzusprechen. Ich freue mich über das große Interesse, das Engagement und die hohe Motivation der Teilnehmerinnen!

Was lernen die Teilnehmer der Frauen-Akademie konkret?

Im Rahmen einer einjährigen Ausbildung werden mit hochqualifizierten Vortragenden



den Staatslehre, Rhetorik, Medienarbeit, Motivationsstrategien und weitere wichtige Grundlagen für die optimale Vorbereitung auf die Anforderungen einer weiblichen politischen Führungskraft gelehrt, erarbeitet und trainiert. Es werden aber auch mentale Kompetenzen vermit-

telt und ein Netzwerk quer über alle Bundesländer geschaffen.

Was ist das Ziel dieses Lehrgangs?

Eine umfassende und bestmögliche Ausbildung und Qualifizierung ist für jede politisch engagierte Persönlichkeit wichtig. Mit der Frauen-Akademie wollen wir ganz gezielt das Vertrauen der Teilnehmerinnen in die eigenen Fähigkeiten stärken und mehr Frauen für verantwortungsvolle Positionen gewinnen.

Haben Sie noch einen Schlusssatz für uns?

Es ist wichtig, starke Politikerinnen und gut ausgebildete weibliche Führungsfunktionäre zu fördern. Und dabei geht es nicht um Quoten oder das Binnen-I, sondern um starke Frauen in der Politik.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.